

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 14/2004

Öffentliche Gemeinderatssitzung am Montag, 15.11.2004

Dauer der Sitzung: 17:45 Uhr bis Uhr 19:15 Uhr

Teilnehmer/-innen:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Müller

CDU-Fraktion:	Stadtrat	Ackermann
	Stadtrat	Benz, Julius
	Stadtrat	Burger
	Stadtrat	Dörfler
	Stadtrat	Haller
	Stadträtin	Kronawitter
	Stadtrat	Dr. Moritz
	Stadtrat	Müller
	Stadträtin	Rompel
	Stadträtin	Schwarz
	Stadtrat	Schweickhardt

SPD-Fraktion:	Stadtrat	Baum
	Stadtrat	Dr. Caroli
	Stadträtin	Dreyer
	Stadtrat	Hirsch
	Stadtrat	Kalt
	Stadtrat	Kleinschmidt
	Stadträtin	Schmidt

Fraktion Freie Wähler:	Stadträtin	Bothor
	Stadtrat	Girstl
	Stadtrat	Hilberer
	Stadtrat	Mauch
	Stadtrat	Roth
	Stadtrat	Wagenmann

Fraktion Die Grünen:	Stadträtin	Kronauer-Dietsche
	Stadtrat	Täubert
	Stadtrat	Vollmer

FDP-Fraktion:	Stadträtin	Kmitta
	Stadtrat	Neumeister
	Stadtrat	Uffelmann

beratende Mitglieder:	Bürgermeisterin	Kaufmann	
	Bürgermeister	Lausch	
	Ortsvorsteher	Baum	(als Stadtrat)
	Ortsvorsteher	Haller	(als Stadtrat)
	Ortsvorsteher	Kleinschmidt	(als Stadtrat)
	Ortsvorsteher	Roth	(als Stadtrat)

entschuldigt fehlen:	Stadträtin	Kremling	(krank)
	Stadtrat	Straubmüller	(krank)
	Ortsvorsteher	Benz	(krank)
	Ortsvorsteher	Schaller	(krank)

Schritfführer: Stadtoberinspektor Weber

Zuhörer: 10

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Gemeinderat beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Oberbürgermeister **Dr. Müller** ganz besonders **Herrn Regierungspräsidenten Dr. Sven von Ungern-Sternberg**, der an der heutigen Gemeinderatssitzung teilnehmen wird. Der Regierungspräsident hat am heutigen Tage verschiedene Punkte in der Stadt Lahr besucht und steht nun dem Gemeinderat für ein Gespräch zur Verfügung.

I. FRAGESTUNDE

Fragestunde gem. § 11 der Geschäftsordnung des Gemeinderates.

Es werden keine Fragen gestellt.

II. BEKANNTGABE

1. Der Gemeinderat hat in seiner Eigenschaft als Stiftungsrat des Hospital- und Armenfonds den folgenden Beschluss gefasst:

Der Hospital- und Armenfonds Lahr stimmt der mit den Pflegekassen und dem Landeswohlfahrtsverband am 20.10.2004 ausgehandelten neuen Pflegesatzvereinbarung nach § 85 SGB XI sowie der Leistungs- und Qualitätsvereinbarung (LQV) nach § 80 a SGB XI zu. Die Pflegevergütung und die Entgelte für Unterkunft und Verpflegung werden ab dem 01.12.2004 um durchschnittlich 7,75 % erhöht. Die neuen Entgelte sowie der vereinbarte Personalschlüssel gelten mindestens bis zum 31.12.2005.

2. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass die Stadt Lahr/Schwarzwald gegenüber der Sparkasse Offenburg/Ortenau und zugunsten des FC Mietersheim 1946 e. V. für ein Darlehen von insgesamt € 28.000,-- eine auf 5 Jahre befristete Bürgschaft gemäß § 765 BGB in Höhe von € 15.000,-- übernimmt. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, die hierzu erforderliche Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde einzuholen.

III. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2005

Anl. Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2005
Stadtkämmerei

Anl. Oberbürgermeister **Dr. Müller** geht im Rahmen seiner Haushaltsrede auf die Eckwerte und Inhalte des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2005 ein. Der Wortlaut ist der Anlage zu entnehmen.

2. Gespräch mit dem Regierungspräsidenten, Herrn Dr. Sven von Ungern-Sternberg

Oberbürgermeister **Dr. Müller** bedankt sich nochmals für die Gesprächsbereitschaft des Regierungspräsidenten, der im Folgenden auf verschiedene Projekte und Themenfelder in Lahr eingeht.

SANIERUNGSGEBIET Q6

Beim Quartier Q6 handelt es sich nach Aussage des **Regierungspräsidenten** um ein klassisches Sanierungsgebiet. Die diesbezügliche Entscheidung sei auch nicht neu. Er habe das Gefühl, dass dort die Landesmittel sinnvoll und zielgerecht eingesetzt werden.

KASERNENAREAL

Regierungspräsident **Dr. von Ungern-Sternberg** geht nochmals auf die bereits bewilligten Mittel in Höhe von € 2,8 Mio. ein. Diese Mittel sind bisher noch nicht abgerufen worden, liegen jedoch weiterhin bereit und sollen der Stadt Lahr nicht verloren gehen. Eine Teilung der mit einem Flächenerwerb verbundenen Risiken zwischen der Stadt und dem Regierungspräsidium komme allerdings nicht in Frage. Sollte sich die Stadt Lahr für einen Kauf des Kasernenareals entscheiden, wird eine Erhöhung dieser Mittel im Bereich zwischen 1 und 1,5 Mio. Euro zugesagt. Diese Entscheidung hat keine Auswirkung auf andere Sanierungsgebiete in Lahr, insbesondere nicht auf den Bereich der nördlichen Innenstadt.

NÖRDLICHE INNENSTADT

Für die Stadt Lahr sei auch die nördliche Innenstadt ein besonderer Bereich. Auch hier sagt Regierungspräsident **Dr. von Ungern-Sternberg** eine Förderung für eine Realisierung bereits in 2006 zu. Diese Zusage steht allerdings noch unter dem Vorbehalt der Mittelzuteilung des Landes Baden-Württemberg. Diese Zusage gilt unabhängig von der Entscheidung zum Kasernenareal. Für den Straßenbereich ergibt sich ein Kostenvolumen von € 2,7 Mio., dazu kommt die Gebäudesanierung.

GVFG-MITTEL FÜR VERKEHRSPROJEKTE

Die geplante Innenstadt-Umfahrung wird als positiv bewertet und ist nach ersten Prüfungen des Regierungspräsidiums auch GVFG-förderungsfähig. Hier handelt es sich um ein Finanzvolumen von ca. € 3,3 Mio. Dieses Projekt würde im Regierungspräsidium Priorität genießen.

SONDERPROGRAMM DORFENTWICKLUNG LAHR/STADTTEILE

Die Dorfentwicklung Lahr könnte aus dem „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)“ bezuschusst werden. Ein Zuschuss ist allerdings nicht für die Kernstadt möglich, sondern nur für die Stadtteile. Auch hier sagt Herr Regierungspräsident **Dr. von Ungern-Sternberg** seine persönliche Unterstützung zu.

SCHULEN

Durch die Verwaltungsreform des Landes Baden-Württemberg wird das Oberschulamt eine Abteilung des Regierungspräsidiums. Damit werden zukünftig Entscheidungen zu den Themenfeldern Ganztagesesschule und Integration auch im Regierungspräsidium getroffen. Der **Regierungspräsident** ist davon überzeugt, dass in sozialen Brennpunkten wie Lahr unbedingt Ganztagesesschulen eingerichtet werden sollten. Bei der Schutterlindenbergschule sei aus seiner Sicht und nach Rücksprache mit dem Oberschulamt Freiburg „alles in trockenen Tüchern“. Die weiteren Wünsche der Stadt Lahr nach Ganztagesesschulen nimmt Herr Regierungspräsident **Dr. von Ungern-Sternberg** als „Hausaufgaben“ mit. Bei den Bundes- und Landeszuschüssen soll an die mögliche Obergrenze gegangen werden. Hierfür wird er sich einsetzen. Es sei aber unstrittig, dass diese Dinge in Lahr vorangetrieben werden sollten, obwohl er den landesweiten Trend zur Umwandlung in Ganztagesesschulen eher kritisch sehe.

INTEGRATIONSKURSE FÜR BLEIBEBERECHTIGTE AUSLÄNDER

Aus den Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg kann der Stadt Lahr für die Integration von bleibeberechtigten Ausländern für das Jahr 2005 in Aussicht gestellt werden, dass erstmals in Lahr ein Integrationssprachkurs mit Berufsorientierung gestartet wird. Das Projekt wird voll aus Mitteln der Landesstiftung finanziert. Kostenvolumen: € 60.000,--.

GEWÄSSERDIREKTION LAHR

Mit der Verwaltungsreform des Landes Baden-Württemberg wird zum 01.01.2005 die Gewässerdirektion in Lahr aufgelöst. Eine Beibehaltung am Standort Lahr sei für das Regierungspräsidium Freiburg ausgeschlossen, obwohl sich Oberbürgermeister Dr. Müller und MdL Dr. Caroli hierfür eingesetzt hatten. Hierzu besteht auch keine Änderungsmöglichkeit. Das Regierungspräsidium möchte sich an wenigen Standorten konzentrieren.

Im Anschluss an die Ausführungen des Regierungspräsidenten gehen die **Fraktionsvorsitzenden** auf die verschiedenen Themenbereiche ein. Die offene Haltung des Regierungspräsidiums gegenüber der Stadt Lahr wird allseits begrüßt.

Stadtrat **Roth** spricht die Versagung der Passagierfluglizenz an und kritisiert die Haltung der Landesregierung.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Hilberer** teilt Regierungspräsident **Dr. von Ungern-Sternberg** mit, dass die Ortsumfahrungen Kuhbach und Reichenbach im aktuellen Bundesverkehrswegeplan nicht mehr im vordringlichen Bedarf seien. Der Bau der Ortsumfahrungen ist damit für die nächsten ca. 15 bis 20 Jahre vom Tisch. Auf diese Entscheidung hatte das Regierungspräsidium Freiburg keinen Einfluss.

Oberbürgermeister **Dr. Müller** dankt Herrn Regierungspräsident Dr. von Ungern-Sternberg für die Bereitschaft zum Gespräch und für den Besuch in Lahr sowie für die gemachten Aussagen zur Förderung der Stadt Lahr.

Nachdem keine Fragen mehr an den Regierungspräsidenten gerichtet werden, lädt Oberbürgermeister **Dr. Müller** den Regierungspräsidenten, die Mitglieder des Gemeinderats sowie die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer in das Alte Rathaus zu einem Empfang ein.

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Gemeinderats während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 15.11.2004

Vorsitzender

Schriftführer

Stadtrat/-rätin

Stadtrat/-rätin